

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreikönigsstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 28. Oktober 1931

Nummer 86

Durch Kapitalismus zum Sozialismus

Weizen wird verbrannt, Kaffee ins Meer geschüttet, Baumwolle umgegraben... die in der Krise verelendeten arbeitslosen Massen verfluchen eine Wirtschaftsordnung, die dazu führt, daß, während sie Hunger leiden, wertvolle Schöpfungen menschlicher Arbeit, die Bedürfnisse der Menschen befriedigen könnten, vernichtet werden. Und so wird man nicht wenig überrascht, wenn diese Tatsachen plötzlich herangezogen werden, nicht um den Kapitalismus zu verdammen, sondern um ihn zu rechtfertigen. Solche Versuche zur Rechtfertigung des Kapitalismus treten jetzt häufig hervor. Seine Vertreter, unter deren Füßen der Boden zu wanken beginnt, gehen zum Angriff über und möchten beweisen, daß nicht der Kapitalismus schuld an den Nöten der Krise habe, sondern die Verfallung des Kapitalismus durch den Staat. Es seien die Eingriffe des Staates in den freien Ablauf der Wirtschaft, die es verhindern, daß die Selbststeuerung der Wirtschaft, ihr ständiger Anpassungsprozeß an die veränderten Marktverhältnisse die in der Wirtschaft entstandenen Mißverhältnisse beseitigt. Auf diesen Ton wurde der Aufruf der Unternehmerverbände abgestimmt, der die Verfallung des Kapitalismus durch ihn „wesensfremde“ Elemente beklagt. Dieser Gedantengang wurde kürzlich auch in einer Artikelreihe der „Frankfurter Zeitung“ vertreten. Dieselbe Zeitung will jetzt den Aufzug, daß Weizen verbrannt, Kaffee ins Meer geschüttet, Baumwolle umgegraben wird, nicht als eine Sünde des Kapitalismus anerkennen, sondern ihn der gebundenen Wirtschaft bzw. den staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft in die Schuhe schieben. Indessen ist diese Darstellung falsch und verlogen. Die Ehrenerrettung des Kapitalismus wird auf diese Weise nicht gelingen.

Falsch ist die Behauptung, daß die freie, vom Staat unbehinderte kapitalistische Wirtschaft den störungsreichen Lauf der Produktion und des Verbrauchs verbürgen kann. Die Anarchie der kapitalistischen Produktion muß die Störungen der Wirtschaft immer wieder herbeiführen, immer wieder Krisen verursachen. Wir wissen von Konjunkturen und Krisen genug, um festzustellen, daß die Selbststeuerung der kapitalistischen Wirtschaft, unbekümmert um staatliche Eingriffe, äußerst schlecht funktioniert. Wir wissen, daß in der kapitalistischen Wirtschaft sich stets Mißverhältnisse sowohl zwischen den einzelnen Gliedern der Wirtschaft wie zwischen Produktion und Massenkaufkraft entwickeln müssen, die dann unsehbar zur Krise führen. Ebenso wissen wir, daß die Überwindung einer kapitalistischen Krise nur mit gewaltigen Verlusten und Wertverminderungen und auf Kosten der Arbeiterklasse, die für die kapitalistische Anarchie mit Arbeitslosigkeit aufkommen muß, behoben werden kann.

Verlogen ist der Versuch zur Rechtfertigung des Kapitalismus, wenn er die Dinge so hinstellt, die staatlichen Eingriffe seien den kapitalistischen Unternehmern wesensfremd, die wünschten die freie, ungebundene Wirtschaft, und es seien allein die antikapitalistischen Kräfte, die dem Kapitalismus Fesseln anlegen und ihm die Selbststeuerung unmöglich machen. Auf dem Leipziger Kongreß des VFD-Bundes hat Rudolf Hilferding treffend vom Pseudo-Liberalismus der Unternehmer gesprochen, die den liberalen Grundgedanken der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft schon von Anfang an untreu geworden sind und die Eingriffe des Staates für ihre Profitinteressen stets in Anspruch nahmen. Was ist denn der moderne Imperialismus des Hochkapitalismus anders, als daß die Unternehmer in ihrem Kampf um Absatz und Anlagestätten die bewaffnete Hilfe des Staates in Anspruch nehmen? Wenn die Schwerindustrie ihre politische Macht einsetzt, um die Aufrüstung durchzuführen und sich dadurch große Bestellungen zu sichern? Wenn die Unternehmer ihren politischen Einfluß ausnützen, um Zölle zu erhalten, die sie dann instand setzen, mächtige Kartelle zu gründen, um sich Marktbeherrschung und Monopolpreise zu sichern? Alle diese staatlichen Eingriffe erfolgen auf Wunsch der Kapitalisten, ja sie werden von ihnen erzwungen. Diese Eingriffe sind nun geeignet, die Störungen der Wirtschaft, die sich aus der kapitalistischen Anarchie ergeben, außerordentlich zu steigern. Sie führen zu Fehlinvestitionen, indem sie die Lenkung der Kapital- und Arbeitskräfte in die Bahnen, wo sie am produktivsten wirken könnten, verhindern. Sie lenken den nationalen und internationalen Kapitalstrom von den Stellen, an welchen sie fruchtbar werden könnten, ab. Es geht nicht, daß die Unternehmer das Schlagwort

von der gebundenen Wirtschaft nur dann gebrauchen, wenn bestimmte staatliche Eingriffe, wie Tarife und Schlichtungswesen, Sozialpolitik, Steuern, unter Umständen ihren Profit beschneiden und in allen Fällen schweigen, wo sie die Mitwirkung des Staates in ihrem Profitinteresse erstreben und durchsetzen.

Wir wissen, daß die Abschaffung der staatlichen Eingriffe die Widersprüche des Kapitalismus nicht zum Verschwinden bringen würde, schwere Krisenstörungen nicht beseitigen könnte. Wenn wir aber für einen Augenblick und nur der Diskussion halber annehmen, daß der Verzicht auf staatliche Eingriffe und auf gebundene Wirtschaft zu diesem Ziel führen würde, so müssen wir weiter fragen: Ist die Wiederherstellung der freien Wirtschaft bei der gegenwärtigen Struktur der Volkswirtschaften und der Weltwirtschaft überhaupt möglich? Ginge es nach dem Wunsch der Unternehmer, so könnte man wohl die staatlichen Eingriffe in die Lohnbildung, die Ausgaben für die Sozialpolitik abschaffen — würde das die Wiederherstellung der freien Wirtschaft bedeuten? Die Unternehmer der Welt würden offenbar auf Zölle nicht verzichten. Wir sehen nicht das geringste Zeichen dafür, daß ein solcher Wille auch nur in wenigen Ländern der Welt vorhanden wäre. Nehmen wir aber an, die Zölle würden in der ganzen Welt verschwinden. Auch das würde noch nicht die Rückkehr zu einer — in Wirklichkeit nie dagewesenen — freien Wirtschaft bedeuten. Die großen Kapitalzusammenballungen, Trusts, Kongerne, Kartelle, sind einmal da und würden auch dann nicht verschwinden, wenn die Zölle beseitigt wären. Es wirken stärkste Entwicklungstendenzen, die in den Gesetzen der kapitalistischen Akkumulation verborgen sind, in der Richtung der Konzentration des Kapitals und der Entsehung von Mammutunternehmungen, für die Ausschaltung der freien Konkurrenz. Könnten diese Großorganisationen des Kapitals nicht zerfallen werden, was offenbar nicht erwartet werden kann, so muß die Monopolwirtschaft mit allen ihren Folgewirkungen auf die Wirtschaft — falsche Lenkung der Produktivkräfte, Fehlinvestitionen, vermehrte Ausbeutung — bestehen bleiben. Dies um so mehr, da parallel mit den industriellen Großunternehmungen auch das nationale und internationale Finanzkapital erstarkte und in engerer Verbindung mit dem Industriekapital das Kreditwesen, diesen mächtigen Faktor der kapitalistischen Wirtschaft, beherrschte. Wir erfahren bisher noch nichts von einer Absicht der Anhänger der freien Wirtschaft, das Finanzkapital zu zerlegen. Bleiben aber die gegenwärtigen Verhältnisse in bezug auf Zölle, Kartelle, Trusts, Kongerne, Finanzkapital bestehen, so ist es ein Aufstun, von der Wiederherstellung der freien Wirtschaft zu reden. Daß all diese Dinge geflissentlich verschwiegen werden — höchstens gegen die Zölle erfolgt gelegentlich ein theoretischer Angriff seitens der liberalen Anhänger der freien Wirtschaft! —, darin liegt ihre ganze Verlogenheit.

Wieso wird nun die Tatsache, daß heute Weizen verbrannt, Kaffee ins Meer geschüttet, Baumwolle umgegraben wird, zur Ehrenerrettung des Kapitalismus herangezogen? Für Weizen, Kaffee und Baumwolle erfolgten in verschiedenen Zeiten staatliche Eingriffe zur Steigerung der Preise dieser Waren. Verschiedene Maßnahmen, die unter dem Sammelbegriff „Valorisierung“ zusammengefaßt werden, dienten zur künstlichen Stützung der Preise. Diese Preisstimmungen mit Hilfe des Staates haben die Wirtschaftskatastrophe für die Produzenten in diesen Wirtschaftszweigen in der Tat nur erhöht. Die Valorisierungen blieben nämlich auf dem halben Weg stehen. Durch verschiedene Stützungsmaßnahmen, wie Anpflanzung von Vorräten und deren Zurückhaltung vom Markt, durch Ausfuhrverbote usw., konnte man die Steigerung der Preise bewirken. Diese Preissteigerungen gaben den Produzenten Anlaß, die Produktion übermäßig auszuweiten. Als dann die Weltkrisis kam, traf sie auf eine außerordentlich erhöhte Leistungsfähigkeit der Produktion (Ausbeutung der Anpflanzungen) und auf große Vorräte. Der Preissturz der künstlich gestützten Waren war größer als er ohne Stützung gewesen wäre. Ist aber der Fehlschlag der Valorisierung ein Argument für die freie und gegen die organisierte Wirtschaft? Die Valorisierungen waren freilich falsch. Ihr Fehler lag aber nicht darin, daß organisierte Eingriffe in die Produktion erfolgten, sondern daß sie falsch und unzureichend waren. Nicht das Juviel, sondern das Zuwenig an Organisation hat die Katastrophe verursacht. Jene Valorisierungen wurden vorgenommen, um die

Preise der Produkte einzelner Volkswirtschaften zu erhöhen, ohne gleichzeitig den Produktionsumfang zu regeln, auch ohne Rücksicht auf die Verbraucher und auf die Produktion in anderen Ländern. Es erfolgten staatliche Eingriffe nicht zugunsten der Volkswirtschaft, sondern zugunsten einzelner Gruppen der Bevölkerung, die ihren politischen Einfluß geltend machen. Die Valorisierungen lagen so auf derselben Ebene wie die Zölle, die als staatliche Eingriffe von den Unternehmern erzwungen werden. Daß sie zu keinem guten Ende führten, daraus ergeben sich lehrreiche Feststellungen. Man darf die staatlichen Eingriffe nicht berat vornehmen, daß sie einzelnen bevorzugten Schichten vorübergehend nützen und die Keime des Rückschlags bereits am Beginn in sich tragen. Vielmehr müssen sie eine planvolle Organisation der Wirtschaft zur besten Ausnutzung der Produktivkräfte in Verbindung mit dem Schutz der Verbraucher und nicht unter Vernachlässigung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge zum Ziel haben. Die Rückkehr zur freien Wirtschaft würde die Krisen nicht verhüten, ganz abgesehen davon, daß sie überhaupt nicht möglich ist. Ein Zurück gibt es nicht, nur ein Vorwärts ist möglich. Vorwärts bedeutet die planwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft. Da aber die planvolle Organisation der Wirtschaft auf Grund von Profitinteressen nicht erfolgen kann, bedeutet sie, jünger voll durchgeführt, den Sozialismus. T. H.

Zustände im Kölner Mostau-Drucktempel

Im „Korrespondent“ Nr. 70, Seite 436, ist über den bestehenden Konflikt schon berichtet worden. Es wurde versprochen, über den weiteren Verlauf des Konflikts zu gegebener Zeit zu berichten. Dieses Versprechen soll hiermit eingelöst werden. Bekanntlich wurde die Firma Westdeutsche Buchdruckwerkstätten AG., Filiale Köln, am 26. August vom Kölner Arbeitsgericht verurteilt, die 14 Kläger wieder einzustellen, andernfalls die beantragte Entschädigungssumme zu zahlen sei. Die gesamten Entschädigungssummen bezifferten sich auf 23 900 M. Gegen dieses Urteil legte die Firma Berufung beim Kölner Landesarbeitsgericht ein. Die Berufungsverhandlung fand am 20. Oktober statt. Beide Parteien hatten Rechtsanwälte zur Prozeßvertretung gestellt. Die Verhandlung dauerte rund sechs Stunden und endete mit einem Vergleich, wonach die Firma an die Kläger 4000 M. zu zahlen hat, zahlbar je 1000 M. am 1. November, 1. Dezember, 1. Januar und 1. Februar; bleibt die Firma länger als 14 Tage mit einer Rate in Bezug, ist die Gesamtsumme fällig. Außerdem muß die Firma die Gerichtskosten und die Rechtsanwaltskosten bezahlen. Ein Rechtsanwalt bekommt 1500 M. Die Firma hat also über 8000 M. insgesamt zu betrapen.

Warum sind die Kläger auf einen Vergleich eingegangen? Deshalb, weil nach Ansicht des Richters in einigen Fällen der Betriebsrat nicht alle Formalien bei der Einpruchs-erhebung beachtet hat und zu bestreiten stand, daß dieser formale Unterlassungssünden halber ein Teil der Kläger abgewiesen werden könnte. Dann aber auch ferner deshalb, weil zu bestreiten stand, daß, wenn ein obiges Urteil ergeht, daselbe auf dem Papier stand, weil das Geld nicht eintreibbar gewesen wäre, wie es auch bei einigen ähnlichen Prozessen in andern Städten der Fall gewesen ist. Berücksichtigt wurde auch noch die Einstellung des Richters, der erkennen ließ, daß in der heutigen Zeit man doch eine Firma nicht zur Zahlung einer Summe von fast 24 000 M. verurteilen könne. Der Richter kam mit zu dieser Einstellung, weil an Gerichtsstelle die finanzielle Lage der Firma als äußerst schlecht dargestellt wurde. Es wurde sogar darauf hingewiesen, daß der Betriebsratsvorsitzende doch selbst bei einem städtischen Werk um Nachsicht bezüglich der Bezahlung einer fälligen Rechnung gebeten habe, weil sonst die Löhne nicht ausgezahlt werden könnten.

Es dauerte sehr lange, ehe sich die Firma bereitgefunden hatte, auf den Vergleich einzugehen. Sie verfuhr immer wieder, billiger wegzukommen. Erst als sie merkte, daß die Kläger dann auf einem Urteil bestehen würden, kam der Vergleich zustande.

Man sollte nun meinen, die Firma wäre froh, so viel Entgegenkommen unverdientermaßen gefunden zu haben. Weit gefehlt! In der „Sozialistischen Republik“ vom Mittwoch, 21. Oktober, wird über den Ausgang des Prozesses berichtet. Die Schlagzeile lautet: Kölner Buchdrucker-Verbandsbürokratie kapituliert! Es wird dann zu dem Vergleich gesagt:

Es kann schwerlich darauf gerechnet werden, daß sich der technische Fortschritt durch verbotene Widerstände oder etwa durch behördliche Machtgebote aufhalten läßt, wenn solche je erfolgten sollten. Ist er doch auch nicht für die ungünstige Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse verantwortlich zu machen. Die Ursachen hierfür liegen ganz woanders! Schuldig daran, daß sich der technische Fortschritt nicht zum Nutzen für die Wirtschaft und die breiten Volksmassen auswirkt, sondern Schäden stiftet, ist lediglich das kapitalistische Wirtschaftssystem, das sich als unfähig erweist, die Steigerung der Produktionsfähigkeit zum Heile der Menschheit, zur Erleichterung der Arbeit und zur Verminderung der Arbeitslast nutzbar zu machen. Wenn es mittels der Mechanisierung der Arbeit möglich ist, die Bedürfnisse der Menschen in einem Bruchteil der heutigen Arbeitszeit zu befriedigen, so ist es widerständig und wirtschaftlich unverantwortlich, nur einen Teil der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte acht, zehn und mehr Stunden täglich arbeiten zu lassen, die übrigen Arbeitskräfte aber von der Arbeitsleistung auszuschließen und dem Hunger zu überantworten. Eine vernünftige Wirtschaftsordnung muß die Arbeitsleistung auf alle verfügbaren Kräfte verteilen und die Arbeitszeit dazu entsprechend herabsetzen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem stellt sich einer solchen Regelung entgegen. Deshalb muß keine Fortsetzung auf die Dauer untragbar werden und — wenn nicht eine friedliche Änderung dieser Zustände möglich ist — seinen gewalttätigen Sturz herbeiführen. **Mt.**

Das Buchgewerbe im Ausland

Schweiz. Auf der Delegiertenversammlung des Bildungsverbandes schweizerischer Buchdrucker bildete die Spartenkonzentration einen Hauptberatungspunkt. Nach einer gründlichen Aussprache wurde eine Resolution gefaßt, die sicher das Richtige trifft. Es heißt darin u. a., daß die Delegiertenversammlung des Bildungsverbandes vom Zentralkomitee des Mutterverbandes die beschleunigte Einberufung der eingeleiteten Studienkommission erwartet zur Prüfung der Konzentration des Bildungswesens, auch wenn durch Beschlässe anderer Spartenverbände in dieser Sache Schwierigkeiten entstanden sind. „Von dieser Studienkommission wird erwartet, daß sie an allen Druckorten der Schweiz die Bildung von Arbeitsgemeinschaften fördert, um auf diese Weise ohne organisatorische Bindung für alle Berufsangehörigen berufliche Erziehungs- und Bildungsarbeit zu leisten. Die Möglichkeit der Zusammenlegung der bestehenden Fachblätter zu einem einer Fachzeitschrift gleichenden beruflichen Bildungsorgan sollte einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Eine für alle Teile befriedigende Lösung würde im Geiste modernen kollegialen Schaffens eine kulturelle Tat auch von internationaler Bedeutung sein.“ Inzwischen ist vom Zentralkomitee die delegierte Kommission einberufen worden, und es bleibt nun abzuwarten, ob sie die richtige Lösung im Sinne dieser Resolution findet. — Die große wirtschaftliche Krise hat natürlich vor Helvetiens Grenzen keinen Halt gemacht. Die beiden einflussreichsten Industrien liegen ganz daneben: die Stickerindustrie und die Uhrenindustrie. Die erstere ist trotz aller Sanierungsmaßnahmen nur noch ein Schatten von früher, und der zweiten wird es trotz der Bundeshilfe nicht besser gehen. Das Ziel wird, wie überall, zuerst im Lohnabbau gesucht. Da möchten natürlich verschiedene Machthaber im Buchdruckgewerbe nicht zurückbleiben. Unter dem Titel „Preisabbau — Lohnabbau im schweizerischen Buchdruckgewerbe“ wurde in der „Schweizerischen Buchdruckzeitung“ ein Veruchsballon aufgeschossen. In einer Produktionskostenrechnung und vor allem in einem Lohnabbau wird die Möglichkeit



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Ernst Weisse in Leipzig
Eingetretten: 8. August 1881
Jetzt Invalide



Artur Regel in Leipzig
Eingetretten: 29. Oktober 1881
Jetzt Invalide



der vermehrten Hereinbringung von Druckaufträgen gesehen. Diese Bestrebungen finden beim Typographenbund selbstverständlich keine Gegenliebe. Das ist in der „Typographia“ sehr deutlich erklärt worden. — Am 20. September hat ein Angehöriger der Buchdruckergilde seinen 70. Geburtstag in St. Gallen gefeiert, dessen Name auch in deutschen Landen bekannt ist: es ist der Herausgeber der „Schweizer Graphischen Mitteilungen“, August Müller, Mitinhaber der Buchdruckerei Jostkofer & Cie. in St. Gallen. Er hat durch die genannte Fachzeitschrift und sein „Lehrbuch der Buchdruckerkunst“ viel zur Weiterbildung der Geistesgenossen beigetragen. Es kann gesagt werden, daß in der genannten Druckerei so mancher alte Kollege noch ein Unterkommen fand, der sonst nirgends mehr Arbeit gefunden hätte. Und das ist auf das Konto des Herrn Müller zu buchen. — Anlässlich des Holzarbeiterstreiks in Basel im vergangenen Jahr sahte der dortige Arbeiterbund einen Beschluß, der die angeschlossenen Organisationen zur Erhebung eines wöchentlichen Solidaritätsbeitrags verpflichtete. Zu diesen Organisationen gehörte auch die Typographia Basel, die dann in einer Mitgliederversammlung die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrags von 1 Fr. für männliche und 50 Cts. für weibliche Mitglieder beschloß. Bis auf eine kleine Zahl leisteten alle Mitglieder während 27 Wochen diesen Extrabeitrag. Ein Teil der Sünder ließ sich im Laufe der Unterföhlungsauer befehren und hoffte das Verkommen nach. Elf Kollegen weigerten sich jedoch konsequent, die Extrabeiträge zu entrichten. Als alle Mittel verlagten, wurde der Vorstand beauftragt, die Pflichtverweigerer auf dem Beitreibungsweg zur Entrichtung des Extrabeitrags zu zwingen. Es wurde gegen einen der Sünder Klage eingereicht und der Richter zur Fällung eines prinzipiellen Urteils veranlaßt. Dieser Entscheid ist zugunsten der Typographia Basel ausgefallen. Der Beschlag wurde verurteilt, die 27 Fr. nachzugeben und außerdem die Kosten zu tragen. Damit ist ein Streikfall gewerkschaftlicher Art zum Abschluß gelangt, der von grundsätzlicher Bedeutung für die Zukunft ist.

Norwegen. Wie an dieser Stelle schon mitgeteilt, war die Frist für Abgabe der endlichen Antwort auf den Tarifvoranschlag für die Osloer Zeitungen zum 1. Oktober verschoben worden. In der Versammlung am 27. September war der Vorschlag mit 187 gegen 113 Stimmen verworfen worden. Da diese Versammlung nicht gut besucht war, fand am 30. September eine neue gutbesuchte Versammlung statt, in der vom Vorstand über die mit der Gegenpartei gepflogenen Verhandlungen Bericht erstattet wurde. U. a. hatte der Verbandsvorstand versucht, die Unterhändler der Gegenpartei zur Verlängerung des bestehenden Tarifs zu bewegen, besonders auf Grund der Misere (Norwegen hat bekanntlich auch die Geldeinföhlung der Banknoten aufgehoben). Dieser Versuch scheiterte jedoch. Der Tarifvoranschlag wurde daraufhin von der Versammlung mit 422 gegen 185 Stimmen abermals abgelehnt. Die Osloer Zeitungen teilten in zwischen mit, daß sie sich dem Arbeitgeberverband angeschlossen haben. Gleichzeitig gab der Arbeitgeberverband bekannt, daß vom 22. Oktober in den Zeitungsbetrieben die tariflichen Bestimmungen gelten sollen, die mit dem Arbeitgeberverband vereinbart worden sind. Das heißt also, daß nicht nur der im Tarifvoranschlag vorgesehene Lohnabzug stattfinden soll, sondern daß auch für Nachtarbeit und Maschinenleger eine längere Arbeitszeit gelten soll. Vom Geistesverband ist ein Protestschreiben an den Arbeitgeberverband gerichtet worden gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Am 11. Oktober haben die Personale der Zeitungen die Kündigung eingereicht. Infolge der neuen Situation ist es wahrscheinlich, daß auch alle noch außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehenden Buch- und Alziden-druckereien sich diesem anschließen. Sowohl der Vorstand des Landesverbandes wie der Osloer Abteilung wollten gerade dies verhindern, deshalb hatten sie die Annahme des Tarifvoranschlags empfohlen. Die Zukunft wird lehren, ob die Ablehnung durch die Zeitungsarbeiter tatsächlich richtig war.

Belgien. Aber den Verkauf des Landeskongresses in Antwerpen, der die Differenzen zwischen dem Verband und der Sektion Brüssel zu schließen hatte, schreibt die „Fédération Typographique Belge“ u. a.: „Die Tagung fand unter dem Vorhild des Ehrenpräsidenten, Kollegen Ch. Waterschoot, obwohl die Diskussionen, in Anbetracht der weittragenden Bedeutung des Verhandlungsgegenstandes, manchmal lebhaft, sogar leidenschaftlich waren, so hatte man aber stets den ermutigenden Eindruck, daß alle Delegierten sich Rechenhaft abgaben über die Tragweite ihrer Verantwortung, und daß sie vom besten Willen befezt waren, das gute Einvernehmen von ehedem wieder herzustellen, ohne das es für die belgische Bucharbeiterschaft kein Heil geben kann. Wir können allen Kollegen versichern, daß der gesamte Vorstand sich sofort an die Arbeit begeben wird, und daß ihm kein Opfer zu schwer ist, das Einigungswerk zu Ende zu führen, überzeugt davon, daß die Gegner von gestern die Mitarbeiter von morgen sein werden. Wir richten einen dringenden Appell an den gefundenen Sinn derjenigen Kollegen, die den allgemeinen Wirrwarr zum Anlaß genommen haben, um dem Verband bzw. der Sektion Brüssel den Rücken zu kehren. Sie mögen ohne Verzög in den Schoß der Muttersektion zurückkehren und dadurch helfen, die Wunden zu heilen und einer besseren Zukunft die Wege zu bereiten.“ Von den Änderungen am Verbandsstatut ist zu erwähnen, daß dem Artikel 18 folgender Zusatz angehängt wird: Die Zentralvorstandsmitglieder stellen die Vertretung des ganzen Landes dar. Keine Sektion hat das Recht, Zentralvorstandsmitglieder zur Abbanzung zu zwingen, viel weniger das Recht, sie auszuschließen. Für ihre Geschäftsföhrung sind sie nur den gewöhnlichen oder außergewöhnlichen Landeskongressen

Leopold Sonnemann

(Zu seinem 100. Geburtstag am 29. Oktober 1931.)

Auf den Ausschüßung des politischen Lebens in der Revolution von 1848 und 1849 folgte in Deutschland eine Zeit des politischen Niederrückens, des Erstbens des politischen Interesses. Die Reaktion vertrieb die politische Interessierten. Überall in der Schweiz, in Frankreich, in Belgien, in England, in den Vereinigten Staaten sammelten sich kleine Gruppen von Emigranten. Zunächst hofften gerade diese politische Aktiven auf ein Wiederaufleben der Revolution in Deutschland, das ihnen den Weg zur Rückkehr bereiten sollte. Diese Hoffnung scheiterte. Zu fest sah die Reaktion im Sattel, zu schwer lastete sie auf dem ganzen politischen Leben in Deutschland. Die Briefe von Marx und Engels aus dieser Zeit, aber auch die von Weydemeyer, Cusa, Johann Philipp Becker und vielen andern spiegeln die traurigen politischen Verhältnisse dieser Jahre wider.

In diese Zeit fällt die Gründung der „Frankfurter Zeitung“. Leopold Sonnemann, am 29. Oktober 1831 in Högberg bei Würzburg geboren, wurde zunächst Kaufmann im Großhandelsgeschäft seines Vaters in Frankfurt am Main. Nach dem Tod seines Vaters und der Umwandlung des Handelsgeschäfts in ein Bankgeschäft ergab sich die Notwendigkeit, regelmäßige Geschäftsberichte herauszugeben. Aus diesen bestehenden Geschäftsberichten entwickelte sich bald darauf ein Handelsblatt und später ein politisches Blatt: aus dem „Frankfurter Geschäftsbericht“, der zuerst am 21. Juli 1868 erschien, entwickelte sich die „Frankfurter Handelszeitung“, deren erste Nummer am 27. August 1869 herausgegeben wurde. Seit dem Jahre 1859 erschien die „Neue Frankfurter Zeitung“ als politisches Blatt.

Sonnemann hatte eine starke politische Ader. Das wiedererwachende politische Leben in Deutschland, die österreichische Niederlage im Kriege gegen Italien im Jahre 1859, der Thronwechsel in Preußen, die Gründung des Deutschen Nationalvereins ließen Sonnemann sofort zu politischer Wirksamkeit auf den Plan treten. Bald kam Sonnemann, der zu den Gründern des Nationalvereins gehörte hatte, in Gegensatz zum rechten Flügel des Nationalvereins, da er nicht wie dieser für ein Groß-Preußen eintreten wollte. Als im „deutschen Krieg“ des Jahres 1866 Frankfurt von preußischem Militär besetzt wurde, mußte Sonnemann fliehen. Seine Zeitung wurde unterdrückt. In Stuttgart gab er sie erneut unter dem Namen „Neue deutsche Zeitung“ heraus. Nach der Amnestie kehrte er nach Frankfurt zurück, und vom November 1866 an erschien dort die „Frankfurter Zeitung“. Er war, wie ihr Gründer, liberal, demokratisch, immer stark weltanschaulich betont und wurde das Hauptorgan der 1866 gegründeten Deutschen Volkspartei, als deren Vertreter Sonnemann im Jahre 1871 in den Reichstag einzog, dem er mit einer kurzen Unterbrechung bis 1884 angehört hat. Im Reichstag fand er lange Zeit fast allein. Er stimmte gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen, gegen das Sektengesetz, gegen das Preßgesetz mit seinem Zeugniszwang, gegen das Sozialistengesetz. Kein Wunder, daß er ständig in heftigem Gegensatz zu Bismarck stand, daß dieser große Haßler ihn sogar als „Agent des Auslandes“ zu beschimpfen suchte und durch das berühmte Telegramm „Fürst wünscht Sabor“ die Entscheidung herbeiföhrte, daß Sonnemanns Reichstagsmandat in den Besitz der Sozialdemokratie überging. Seit seinem Ausscheiden aus dem Reichstag zog sich Sonnemann von der großen Politik zurück und widmete sich wieder mehr der kommunalen Tätigkeit in Frankfurt, in

die er bereits Ende der sechziger Jahre eingetreten war. Schon damals hatte er entscheidend dazu beigetragen, daß die großen Versorgungsbetriebe, die Gas- und Wasserwerke, das Elektrizitätswerk, die Straßenbahn, in städtischen Besitz kamen.

Leopold Sonnemann war ein überzeugter bürgerlicher Demokrat. Er hat aber immer nahe, gute Beziehungen zur Arbeiterbewegung unterhalten. In den sechziger Jahren gehörte er zu den Gründern des Deutschen Arbeitervereinstages, in dessen ständigem Ausschüß er jahrelang zusammen mit August Bebel föhrendes und ausschlaggebendes Mitglied war. Sonnemann trat für staatlichen Arbeiterschutz ein. Er forberte in seinem Bericht für den zweiten Vereinstag der deutschen Arbeitervereine Altersversorgungsvorereine als Selbsthilfe für die arbeitenden Klassen. Als später aus dem Vereinstag die „Eisenacher Richtung“, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei entstand, ging Sonnemann nicht mit, konnte er aus seiner Weltanschauung heraus nicht mitgehen. So kam es zeitweise zu heftigen Gegensätzen und Kämpfen.

In einem Brief an Engels vom 21. August 1875 bringt Marx, der Sonnemann auf seiner Reise nach Karlsbad aufgesucht hatte, u. a. Sonnemanns Selbstdarstellung seiner Stellung zur Arbeiterbewegung: „... Sah den Sonnemann, der eben wegen der verweigeren Namensabgabe des Korrespondenten wieder vor Gericht gewesen und abermals 10 Tage Ausschüß, aber diesmal zum letzten Male, erhalten hatte. S. ist ein Weltmann, dem man jedoch das Bewußtsein seiner Wichtigkeit ansieht. Er setzt mich in längerer Unterredung auseinander, sein Hauptzweck sei, das Kleinbürgertum in die sozialdemokratische Bewegung zu ziehen. Die Finanzkraft seines Blattes liege darin, daß es das anerkannt beste föhren- und Handelsblatt von

